



AL/SG:	SG 61 - Kommunale Abfallwirtschaft
Aktenzeichen:	1761-8/4

Aichach, den 02.09.2024

Sitzungsvorlage

Drucksache:	61/071/2024	- öffentlich -
-------------	-------------	----------------

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	07.10.2024	

Betreff:

Halbjahresbericht 2024 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft
--

Anlagen

--

Hinweis auf frühere Beratungen und Beschlüsse:

--

Finanzielle Auswirkungen:

1. Gesamtkosten: <input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt <input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
2. Deckungsvorschlag:	
3. Folgekosten:	
<input type="checkbox"/> Personalkosten: <input type="checkbox"/> Sach- und Unterhaltskosten: <input type="checkbox"/> Finanzierungskosten: <input type="checkbox"/> Sonstiges:	

Sachverhalt:

Nachfolgend wird der halbjährliche Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft für das 1. Halbjahr 2024 vorgelegt (§ 19 EBV in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 2 der Satzung des Landkreises über die Anwendung bestimmter für Eigenbetriebe geltender Vorschriften in der kommunalen Abfallwirtschaft).

Der Zwischenbericht ist entsprechend der Gliederung des Wirtschaftsplanes in eine Gesamtübersicht und in die bestehenden Teilbereiche der gewerblichen Betätigung (Sammlung der Verkaufsverpackungen) und der hoheitlichen Aufgabe (Hausmüllentsorgung) aufgeteilt.

1.1 Gesamtübersicht

Folgende Feststellungen lassen sich für den Erfolgsplan insgesamt treffen:

Erträge, Umsatzerlöse

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden, dass die Umsatzerlöse im erwarteten Umfang eingingen. Die Hausmüllgebühren, die den größten Anteil an den Einnahmen stellen, gingen zum Halbjahr in einer Höhe von 4.032.893 EUR bzw. einem Anteil von 51 % der kalkulierten Jahressumme ein. Die gesamten Gebühreneinnahmen im ersten Halbjahr betragen 4.645.968 EUR (51,05 % des Jahresansatzes). Hier liegt vor allem die Fraktion Bauschutt Rigips/Ytong mit einem Anteil von etwa 34 % hinter den geplanten Umsatzerlösen.

Die Verwertungserlöse der erfassten Wertstoffe Altpapier, Elektroschrott, Metallschrott, Hartplastik und Batterien liegen mit 678.647 EUR bereits bei einem Anteil von rund 85 % des geplanten Jahresansatzes von 795.500 EUR.

Insbesondere aus dem Verkauf von Papier wurden bei einem Ansatz von insgesamt 370.000 EUR zur Jahresmitte bereits Erlöse in einem Umfang von 441.612 EUR erzielt. Dies entspricht 119,35 % des Ansatzes. Im gewerblichen Bereich wurden Papiererlöse in Höhe von 97.154 EUR bei einem Ansatz von 81.400 EUR erzielt. Dieselbe positive Feststellung gilt dementsprechend auch für die Papiererlöse im hoheitlichen Teilbereich. Einem Ansatz von 288.600 EUR stehen dort Erlöse von 344.457 EUR gegenüber. Der Grund für diese höheren Einnahmen liegt an den weiterhin hohen Vermarktungserlösen. Die durchschnittlichen Erlöse für Papier betragen im ersten Halbjahr 154,76 EUR/t. Dieser Wert ist Vergleich zum Vorjahr überraschend um 36,09 EUR/t (Halbjahresdurchschnitt 2023: 118,67 EUR/t) angestiegen und liegt deutlich über dem mehrjährigen Mittelwert, welcher von uns als Ansatz im Wirtschaftsplan herangezogen wurde. Tendenziell lässt sich aktuell ein Anstieg der Papierpreise erkennen. So lag der Preis im Sommer des vergangenen Jahres bei 106,09 EUR/t. Aktuell beträgt dieser 201,59 EUR/t und ist im ersten Halbjahr 2024 kontinuierlich von zunächst 108,09 EUR/t im Januar auf den aktuellen Wert angestiegen. Nach derzeitiger Experteneinschätzung ist jedoch mit einem Rückgang der Papierpreise im Laufe des Jahres zu rechnen.

Aus dem Verkauf von Metallschrott wurden 213.871 EUR Erlöst. Das entspricht 56,73 % des Planansatzes von 377.000 EUR. Die Halbjahreserlöse im Metallschrottbereich entsprechen daher etwas mehr als der Hälfte des Jahresansatzes. Der durchschnittliche Erlös 2024 liegt zur Jahreshälfte bei 329,17 EUR/t. Dieser ist etwas geringer als der durchschnittliche Jahreserlös von 2023 mit 335,42 EUR/t. Die erfasste Menge liegt mit knapp 654 t deutlich über dem Halbjahreswert des Vorjahres (1. Halbjahr Vorjahr: 550 t).

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 4 (Haushaltsgroßgeräte) konnten im ersten Halbjahr insgesamt 3.694 EUR Erlöst werden. Damit liegt der Wert deutlich unter den Halbjahreseinnahmen des Vorjahres (7.860 EUR) und erreicht derzeit nur einen Anteil von rund 27 % des Jahresansatzes von 13.500 EUR.

Diese negative Entwicklung liegt in erster Linie an den gesunkenen Erlösanteilen für Großgeräte. So liegen die durchschnittlichen Erlöse im ersten Halbjahr 2024 bei 15,00 EUR/t. Im Vorjahr lagen diese noch bei durchschnittlich 33,75 EUR/t.

Wenn man den Erlösen nun den Logistik-Aufwand in Höhe von 18.878 EUR gegenüberstellt, ist die Erfassung unter wirtschaftlichen Aspekten unrentabel. Sollte sich diese Situation zukünftig nicht ändern, werden wir, nach Ablauf unserer Optierung, voraussichtlich auf die kostenneutrale Sammlung des Elektroaltgeräteregisters (ear) umstellen.

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte) konnten 10.024 EUR Erlöst werden, dies entspricht 57,28 % des Ansatzes in Höhe von 17.500 EUR. Für Haushaltskleingeräte beträgt der aktuelle EUWID Wert 0,00 EUR. Da wir über unseren Verwertungspartner jedoch einen kleinen Aufschlag erhalten, können für diese Geräte dennoch geringfügige Erlöse erzielt werden. Wenn man den Logistikaufwand von 17.941 EUR den Erlösen entgegenstellt, muss man feststellen, dass hier der Erfassungsaufwand höher als die Erlöse sind.

Unter Haushaltskleingeräte fallen alle Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von bis zu 50 cm. Da diese Geräte häufiger in den privaten Haushalten vorkommen, sollte unabhängig von der wirtschaftlichen Betrachtung, eine flächendeckende Sammlung aufrechterhalten bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass viele dieser Geräte in unzulässiger Weise über die Restmülltonnen entsorgt werden. Es besteht daher die Absicht, unabhängig von der flächendeckenden Sammlung über das Elektroaltgeräteregister (ear), weiterhin Container durch den Landkreis zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Optierungsoption gegenüber dem „ear“ wurde gezogen. Die erfasste Menge ist mit 251,1 t deutlich höher als die Menge des Vorjahres (203,7 t).

Zum 01.01.2022 wurde die Rechtsverordnung des Landkreises Aichach-Friedberg zur Übertragung von Aufgaben der Abfallbeseitigung an die Gemeinden des Landkreises Aichach-Friedberg vom 01.05.1981 aufgehoben. Im Zuge dieser Aufhebung wurden die Fraktionen „Grüngut holzig“, „Grüngut gemischt“, „Altholz A IV“ sowie „Bauschutt Rigips/Ytong“ und „Bauschutt gemischt“ neu an den Wertstoffhöfen aufgenommen.

Da sich die zunächst geschätzten hohen Anliefermengen in den Vorjahren nicht bewahrheitet haben, wurden die Ansätze im Wirtschaftsplan 2024 deutlich nach unten korrigiert.

So konnten bei einem geplanten Erlöswert von 216.800 EUR für die neuen Fraktionen tatsächlich Erlöse in Höhe von 121.923 EUR erzielt werden. Dies entspricht rd. 56 % des Planwertes. So wird aktuell lediglich in der Fraktion „Rigips/Ytong“ mit Erlösen von 3.331 EUR deutlich vom Planwert 9.900 EUR abgewichen.

Aus der Vermarktung von Hartplastik konnten 8.286 EUR Erlöst werden, dies entspricht 53,46 % des Ansatzes von 15.500 EUR. Weitere geringfügige Erlöse wurden für die Verwertung von Bleibatterien in Höhe von 1.158 EUR erzielt.

Die in den Wirtschaftsplan eingestellten Umsatzerlöse in einem Umfang von 9.945.300 EUR gingen zur Jahresmitte in Höhe von 5.352.885 EUR ein (53,82 %).

Kosten für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und Containerstandplätze

Die Personalkosten der Wertstoffsammelstellen werden unterjährig nicht von allen Gemeinden abgerechnet. Insgesamt wurden zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 305.752 EUR oder 31,52 % des kalkulierten Jahresaufwandes (970.000 EUR) abgerechnet. Es ist davon ausgehen, dass im Verlauf des Wirtschaftsjahres Aufwendungen in der Größenordnung des Ansatzes anfallen werden.

Die Pachtzahlungen für die Grundstücke der Wertstoffsammelstellen sind von den Gemeinden zur Jahresmitte mit einem Umfang von 30.909 EUR zu 44,16 % abgerufen. Bei den Betriebskosten der Wertstoffsammelstellen sind mit Aufwendungen von 24.198 EUR rund 40 % des Ansatzes ausgeschöpft.

Der Aufwand für die Containerstandplätze ist zum Halbjahr mit einem Aufwand von 31.705 EUR zu 42,27 % erfüllt.

Personalaufwand

In den Halbjahresbericht sind die im ersten Halbjahr ausbezahlten Löhne, Gehälter und Sozialabgaben in einer Höhe von 307.979 EUR eingeflossen. Die geringe Unterschreitung des Planansatzes (42,89 %) liegt in der fehlenden Auszahlung der jährlichen Sonderzuwendung begründet, die erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgt (Weihnachtsgeld).

Abschreibungen

Zur Jahresmitte sind noch keine Abschreibungen gebucht. Die jährlichen Abschreibungen auf vorhandene Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden summarisch am Ende des Jahres buchhalterisch erfasst. Im letzten Wirtschaftsjahr 2023 betrugen die Abschreibungen 112.484 EUR. Es ist davon auszugehen, dass der Ansatz von 113.300 EUR zum Jahresende ausgeschöpft wird.

Verwaltungskostenersatz

Als Verwaltungskostenersatz für die Unterstützung durch die Gemeinden ist ein Aufwand von insgesamt 69.000 EUR in den Wirtschaftsplan eingestellt. Diese Kostenerstattung ist dem hoheitlichen Bereich zugewiesen. Die Verwaltungskostenerstattung mit den Gemeinden wurde zur Jahresmitte noch nicht abgerechnet, deshalb ist noch kein Aufwand berücksichtigt. Die Verwaltungskostenpauschale für die Gemeinden beträgt jährlich 0,50 €/Ew. Der Ansatz wird zum Jahresende ausgeschöpft werden.

Anders verhält es sich mit den Verwaltungskosten, die dem Landkreis erstattet werden. Diese wurden zum 30.06.2024 bereits in voller Höhe für das laufende Wirtschaftsjahr abgerechnet. Der Ansatz von 143.000 EUR wurde bei tatsächlichen Kosten in Höhe von 134.850 EUR leicht unterschritten. Dies ist auf einen reduzierten Kostenansatz des AVA-Referenten zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Verwaltungskostenbeitrag) liegen mit Ausgaben in Höhe von 116.861 EUR und rund 52 % der geplanten Jahresaufwendungen über dem erwarteten Halbjahresansatz.

Ergebnisentwicklung

Insgesamt ergibt sich zur Jahresmitte ein Verlust von 23.029,51 EUR. Hauptursache für die verbesserte Situation zum ursprünglichen Ansatz des Wirtschaftsplans (erwartetes Jahresdefizit in Höhe 1.487.700 EUR) ist neben noch fehlenden Abrechnungen für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und unterjähriger Abschreibungen im ersten Halbjahr, vor allem die nach wie vor gute Erlössituation im Bereich der Vermarktung von Papier und Metallschrott. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass zum Jahresende das im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Defizit geringer ausfallen wird.

Im Detail lässt sich zu den einzelnen Teilbereichen Folgendes darstellen:

1.2 Gewerblicher Bereich

Die Nebenentgelte und Wertausgleichszahlungen der dualen Systeme wurden von diesen für das erste Halbjahr annähernd vollständig entrichtet. So gingen von den veranschlagten Wertausgleichszahlungen in Höhe von 129.000 EUR bereits 64.191 EUR (49,76 %) ein. Von den im Wirtschaftsplan veranschlagten Nebenentgelten in Höhe von 195.000 EUR gingen Zahlungen in einem Umfang von 97.250 EUR ein (49,87 %). Die einzelnen Anteile der Systeme an den Nebenentgelten richten sich nach dem Marktanteil des jeweiligen Systems. Diese Marktanteile werden von der zentralen Stelle verbindlich festgelegt. Die dualen Systeme haben sich, ihrem jeweiligen Anteil ent-

sprechend, an den Systemkosten zu beteiligen.

Die PPK-Mitbenutzungsentgelte für das erste Halbjahr wurden von den dualen Systemen in Höhe von 308.799 (54,65 %) erstattet. Der Ansatz im Wirtschaftsplan liegt bei 565.000 EUR. Auf Grundlage der Abstimmungsvereinbarung tragen die dualen Systeme die Kosten für die Miterfassung der Verpackungskartonagen. Die Systeme tragen in diesem Zusammenhang für 33,5 % der gesammelten Papiermenge die Erfassungskosten von rd. 253 EUR/t.

Unser Vertragspartner bei der Papiererfassung nimmt die statistische Erfassung im Rahmen des sog. Mengenstromnachweises vor. Für diese Aufgabe werden dem Partner monatlich festgelegte Erstattungszahlungen geleistet. Die vertraglich fixierte Monatspauschale wurde im ersten Halbjahr vollständig ausbezahlt.

Neben der Kostenpauschale für den Mengenstromnachweis erhält unser Vertragspartner seit letztem Jahr auch eine Handlingspauschale für die Sortierung und Bereitstellung der Systempapiermengen. Der hierfür angesetzte Planansatz wurde bereits zum Halbjahr überschritten und muss im nächsten Wirtschaftsplan nach oben korrigiert werden.

Die Verwertungserlöse für den Verkauf des gewerblichen Papieranteils liegen mit 97.154 EUR bereits über dem geplanten Jahresansatz von 81.400 EUR (s. Ausführungen zu den Papiererlösen unter Punkt 1.1).

Die Kosten für die Erfassung des gewerblichen Papieranteils liegen mit einem Aufwand von 193.342 EUR bei 47,35 % des kalkulierten Aufwandes von 408.300 EUR.

Insgesamt kann für den gewerblichen Bereich zur Jahresmitte ein Überschuss in Höhe von 218.593,08 EUR verzeichnet werden. In den Wirtschaftsplan ist ein Gewinn in Höhe von 195.400,00 EUR eingestellt.

Falls die Verwertungspreise für Altpapier auch im zweiten Halbjahr auf dem bisherigen Niveau verbleiben, ist zum Jahresende davon auszugehen, dass der im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Gewinn erreicht werden kann.

1.3 Hoheitlicher Bereich

Die Hausmüllgebühreneinnahmen wurden im ersten Halbjahr in der prognostizierten Höhe verbucht. Die Gebühreneinnahmen von rd. 4.032.893 EUR entsprechen einem Anteil von rund 51 % der veranschlagten gesamten Hausmüllgebühren. Die ausgegebenen Müllsäcke werden von den Gemeinden erst zum Jahresende abgerechnet. Die Gebühreneinnahmen liegen somit im erwarteten Bereich. Zur Deponie Binsberg (DK II) gab es im ersten Halbjahr Anlieferungen in einem Umfang von 11,91 t (Vorjahr 1,31 t). In diesem Zusammenhang wurden Gebühreneinnahmen in Höhe von 2.931 EUR verbucht. Damit ist der Planwert von 2.200 EUR bereits zum Halbjahr überschritten. An die Deponie Steinegaden (DK I) gab es in der ersten Jahreshälfte Anlieferungen in einem Umfang von 95,18 t (Vorjahr 81,90 t), die zu Gebühreneinnahmen von 16.180 EUR führten. Dies entspricht 47,59 % des Planwertes. Es stehen auf der Aufwandsseite entsprechende Deponierungskosten in Höhe von 18.148 EUR gegenüber.

Aus der Abholung von Elektrogeräten wurden Gebühren in Höhe von 1.040 EUR vereinnahmt.

Die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen wurden bereits unter Punkt 1.1 dargestellt.

Für das erste Halbjahr wurde bisher ein Dienstleistungsentgelt in Höhe von 19.477 EUR durch das AVA KU für die Anlieferung von Gewerbemüll zur thermischen Behandlung ausgezahlt. Dies entspricht rd. 67 % der geplanten Jahreseinnahmen von 28.900 EUR.

Durch Mahngebühren, Bußgelder und Erstattungen gingen Einnahmen in einem Umfang von 8.675 EUR ein (43,16 % des Ansatzes).

An Zinserträgen konnten im ersten Halbjahr 17.281 EUR erzielt werden. Das entspricht ca. 69 % des Ansatzes von 25.000 EUR. Grund hierfür ist, dass die Zinserträge nach den Laufzeiten der verschiedenen Anlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Jahres gutgeschrieben werden. Eine unterjährige Abgrenzung wird nicht gebucht. Die für das Wirtschaftsjahr veranschlagten Zinserträge sollten insgesamt eingehen.

Bei den Aufwendungen für die Beschaffung der Müllgefäße und Restmüllsäcke ist der Ansatz von 158.400 EUR bei einem Aufwand von 59.639 EUR zur Jahresmitte zu 37,65 % ausgeschöpft. Nachdem vor allem die Biotonnen in den Sommermonaten stark beansprucht und verschlissen werden, ist von vermehrten Tauschvorgängen in den nächsten Monaten auszugehen. Der Planansatz wird voraussichtlich bis zum Jahresende erreicht werden.

Der Kostenansatz für den Hausmülltransport ist mit 1.574.303 EUR zu 47,71 % ausgeschöpft.

Die Kosten für die Restmüllbehandlung liegen zur Jahresmitte mit einem Aufwand von 732.712 EUR (51,47%) leicht oberhalb des Planwertes. Dies ist vor allem auf gestiegene Restmüllanlieferungen zurückzuführen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres (7.814 t) wurden in der ersten Jahreshälfte 2024 bereits 351 t mehr angeliefert.

Die Verwertungskosten für den Bioabfall liegen mit 768.688 EUR (Ansatz: 1.595.400 EUR) etwas unter dem Soll (48,18 %).

Der Ansatz von 26.500 EUR für die Sperrmüllabholung an den Haushalten ist mit einem Aufwand 11.865 EUR zu 44,77 % erfüllt. Bei den Abholungen der Sperrmüllcontainer an den Wertstoffsammelstellen ist der Ansatz von 205.300 EUR mit Ist-Ausgaben von 98.109 EUR zu rd. 48 % erfüllt. Die Sperrmüllabholungen aus Haushalten sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig (1. Halbjahr 2024: 147 t; Vergleichszeitraum 2023: 163 t). Auch die an den Wertstoffsammelstellen angelieferten Sperrmüllmengen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (1. Halbjahr 2024: 1041 t, Vergleichszeitraum Vorjahr: 1.058 t).

Bei der Entsorgung und Verwertung von Problemmüll ist bei Aufwendungen in einem Umfang von 125.011 EUR der Planansatz bereits zu rund 68 % erfüllt. Bei der mobilen Problemmüllsammmlung fielen bei einem Planansatz von 137.500 EUR für die Sammlung und die Verwertung der Problemabfälle zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 84.024 EUR an (61,11 % des Ansatzes). Im Zusammenhang mit der Entsorgung von Nachtspeicherheizgeräten wurde der Ansatz von 17.000 EUR bei einem Aufwand von 23.326 EUR bereits zum Halbjahr deutlich überschritten. Grund hierfür ist eine neue Vertragskonstellation. Die bisher vom Bürger selbst zu transportierenden Nachtspeicheröfen werden zwischenzeitlich für den Bürger kostenfrei direkt vor Ort abgeholt. Dies hat offenbar viele Bürger dazu veranlasst, eine direkte Haushaltsabholung zu beantragen. Bei der Logistik von Altholz A IV wurde der Ansatz von 31.000 EUR zum Halbjahr mit 17.660 EUR zu rd. 57 % erfüllt.

Für die Altholz-Logistik ist zur Jahresmitte in diesem Zusammenhang ein Aufwand in Höhe von 114.670 EUR angefallen. Dies entspricht rd. 56 % des Ansatzes.

Der Logistik- und Verwertungsaufwand bei den Wertstoffen von den Wertstoffsammelstellen liegt mit 816.876 EUR bei rd. 50 % des Ansatzes von 1.630.150 EUR.

Sonderaktionen wurden in diesem Jahr noch nicht durchgeführt, daher ist in diesem Zusammenhang noch kein Aufwand angefallen. Im November findet die Sammlung von landwirtschaftlichen Folien in Zusammenarbeit mit dem Bayer. Bauernverband statt. Diese Sammelaktion wird vom Landkreis mit 4.000 EUR bezuschusst. Dies entspricht auch dem Ansatz im Wirtschaftsplan.

Der hoheitliche Bereich steht zur Jahresmitte bei einem Defizit von 241.622,59 EUR. Das für das gesamte Jahr prognostizierte Defizit von 1.713.000 EUR wird voraussichtlich aufgrund der guten

Erlöse aus der Wertstoffvermarktung nicht in geplanter Höhe eintreten.

2. Vermögensplan

Anlageinvestitionen des Vermögensplans wurden in der ersten Jahreshälfte nicht getätigt. Im zweiten Halbjahr werden voraussichtlich Investitionen von rd. 1.000.000 EUR für die Ertüchtigung der Sammelstellen Kühbach und Rehling sowie den Neubau der Sammelstelle Pöttmes getätigt. Des Weiteren wird in der zweiten Jahreshälfte die geplante Software-Investition in Höhe von 115.000 EUR für das Bürgerportal getätigt.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die geplanten Gesamtinvestitionen von 6.142.000 EUR nicht vollumfänglich getätigt werden.

Am 21.06.2024 erfolgte eine vermögensplanmäßige Abführung in Höhe von 182.879,92 EUR an den Kreishaushalt als Rückerstattung früherer Verlustausgleichszahlungen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Halbjahresbericht 2024 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft zur Kenntnis.

Matthias Lesti